

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponyigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Beizeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unverlegte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelerthor Nr. 164.

Nr. 145.

Sonntag 27. Juni 1875.

IV. Jahrgang.

Pränumerations-Einladung.

Vom 1. Juli beginnt auf unser Blatt das Abonnement für das II. Semester, resp. für das dritte Quartal, u. zw.:

Für Pressburg:

Per Monat	fl. 67 kr.
„ Juli—September	2 „ —
„ Juli—Dezember	4 „ —
Mit Zustellung in's Haus per Monat —	18 „

Für Ungarn-Österreich
mit Postzustellung:

Per Monat	fl. 92 kr.
„ Juli—September	2 „ 75 „
„ Juli—Dezember	5 „ 50 „

In Österreich besteht noch immer der Zeitungsstempel, welcher von den dortigen Abonnenten an das betreffendejenige Postamt separat zu bezahlen kommt. Unter Einem erlauben wir uns für einige unserer verehrten p. t. Abonnenten die freundliche Bemerkung, daß die Pränumerations- und Verhinderung zu berücksichtigen kommt, und daß für auswärts der vierteljährliche Betrag 2 fl. 75 kr. und nicht 2 fl., der halbjährliche 5 fl. 50 kr. und nicht 4 fl. beträgt. Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns auch, jene unserer geschätzten p. t. Pränumeranten, die das Abonnement von früher her zu erneuern unterließen, zu bitten, selbes möglichst bald einzusenden.

Dem Obigen fügen wir noch bei, daß uns die Pränumerationsbeträge am Bequemsten und Billigsten mittelst Postanweisungen zugesandt werden. Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Pränumerationen auf unser Journal entgegen.

Hochachtungsvoll

Die Administration des „Recht“,
Apponyigasse Nr. 10.

Pressburg, 26. Juni.

Wir haben wiederholt die zum Theil aus den eigenen Äußerungen Tisza's geschöpfte Ueberzeugung ausgesprochen, daß das linke Centrum und sein Führer Coloman Tisza bei der Fusion ihre staatsrechtliche Opposition gegen den Ausgleich nur vertagt, aber keineswegs aufgegeben habe. So schrieben wir schon am 12. März (Nr. 59 d. N.) über die Bemerkung in der Rede Tisza's gegen Al. Csánady: es sei sein Recht und seine Pflicht, wenn er die Zeit für gekommen halte, in Allem — ohne Ausnahme — was im Interesse des Thrones und des Landes liege, seinen Rath zu ertheilen, folgendes: „Diese Sätze klingen etwas orakelhaft, sie scheinen uns ankündigen zu wollen, daß Tisza den staatsrechtlichen Ausgleich nur als Provisorium acceptirt, und, wenn er die Zeit für gekommen hält, es als sein Recht und seine Pflicht erachtet, der Krone, allerdings im Einverständnis mit seinen Ministercollegen, zur Personalunion zu rathen.“ Und am 19. März (in Nr. 65) schrieben wir: „Der eigentliche Character der Fusion läßt sich dahin präcisiren, daß nicht Tisza zu der früheren Deákpartei, sondern daß diese zu Tisza übergegangen ist, welcher im vollen Bewußtsein dieser Thatsache

eine autokratische Herrschaft über die Majorität ausübt.“ Eine soeben erschienene Broschüre: „Nehány szó b. Sennyey Pál politikai működéséről“ (Einige Worte über die politische Wirksamkeit des Barons Paul Sennyey), welche eine interessant geschriebene Apologie Sennyey's und seiner politischen Strebungen ist und Sennyey gegen den Verdacht absolutistischer, inconstitutioneller Gesinnungen in Schutz nimmt, faßt die Fusion als den vollständigen Sieg der Linken auf, in deren Lager die Deákpartei mit Sach und Paß übergegangen sei. Nichts in der bekannten Rede Tisza's weist darauf hin, daß er seine Prinzipien aufgegeben habe, im Gegentheile habe er die Aufrechterhaltung derselben für die Zukunft betont; aber die Deák-Partei habe seine Rede absichtlich so interpretirt, um einen Vorwand zum Verlassen der eigenen Position zu gewinnen.

Noch schärfer drückt sich der „U. Lloyd“ in einem Artikel aus, worin er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß Herr Jul. Steiger im sechsten hauptstädtischen Wahlbezirke (Josefstadt) gegen die Candidatur Jofai's zurückgetreten ist, mit der Motivirung, er wolle den Frieden und die Eintracht unter den Wählern im erwähnten Wahlbezirke und in der Hauptstadt aufrecht erhalten, welcher wünschenswerthe Zustand durch die gegenwärtige Wahlagitacion in bedenklicher Weise bedroht, ja thatsächlich gestört sei. Der „U. L.“ kann diesen Schritt nicht gerechtfertigt finden. „Wenn es“, sagt er, „in früheren Wahlkämpfen Pflicht des Deákistischen Candidaten war, seine Candidatur, wenn sie nur irgendwie Erfolg versprach, mit jäher Ausdauer gegenüber der Candidatur der zur staatsrechtlichen Opposition zählenden Mandatsbewerber aufrecht zu erhalten, so gilt dieses noch vielmehr heute, wo die Mitglieder der staatsrechtlichen Opposition in gar nicht mehr verdeckter Weise bestrebt sind, unter der Hülle und mit der gefährlichen Waffe der Fusion ihre deákistischen angeblichen Parteigenossen aus allen Positionen zu verdrängen.“

Wir sagen es unumwunden: es ist unsere innerste Ueberzeugung, daß das linke Centrum ein böses Spiel mit der Deákpartei spielte. Trotz aller Beschwichtigungsversuche der früheren Organe der gemäßigten Linken tritt es immer klarer zu Tage, daß das Fallenlassen des staatsrechtlichen Kampfes von Seiten des linken Centrums ein Scheinmanöver war, darauf berechnet, die Deák-Partei aus ihrer festen Stellung herauszulocken und sich selber an ihre Stelle zu setzen, die Macht und den Einfluß auf die Geschicke des Landes zur Geltendmachung ihrer Prinzipien in die Hände zu bekommen. Es ist Pflicht aller deákistischen Candidaten, sagen wir, ihre Candidatur dem linken Centrum gegenüber aufrecht zu erhalten, denn die staatsrechtlichen Institu-

tionen sind durch diese Partei heute ärger bedroht denn je.

Unter solchen Umständen sind fernere Concessionen der Deákpartei an das linke Centrum gleichbedeutend mit Concessionen der auf der 1867er staatsrechtlichen Basis stehenden großen Majorität der Bevölkerung an die staatsrechtliche Opposition, an die Negation dieser Basis.“

Zur Wahlbewegung

erhalten wir den gedruckten Wahlaufruf des Grafen Albert Apponyi, den wir mit unserer nächsten Nummer in einer Beilage bringen werden.

Ferner gehen uns zur Wahlbewegung folgende Schreiben zu:

§ Eisenburger Comit. 21. Juni. (Zu den Wahlbewegungen.) Es ist dieser Tage sämtlichen katholischen Pfarrern eine 28 Seiten starke Broschüre (gedruckt in der literarischen Anstalt „Hunyadi Mátyás“) zugeschickt worden unter dem Titel: „Kire és miért szavazzunk?“ (Wem und warum sollen wir unser Votum geben?) Der Verfasser (ein Geistlicher nach S. 28) hat seine Standesgenossen, hauptsächlich diejenigen, denen es an Zeit oder Lust gebricht, über politische Parteifragen sich gehörig zu unterrichten, zu tiefem Danke verpflichtet; denn nach Skizzirung unserer jetzigen höchst erbärmlichen Lage wird mit geschichtlicher Treue, Kürze und Klarheit dargestellt, daß zur Zeit, als man einbekannt hatte, das Land sei durch die Miswirthschaft der Deákpartei an den Rand jeglichen, besonders finanziellen Ruins gebracht worden, hatte Jedermann sowohl am Reichstage, als auch außer demselben die Einlenkung auf's Bessere von einem Systemwechsel erwartet; trotzdem aber vollführte die Fusion nur einen Personenwechsel, und sie ist nur ein Parteienconglomerat ohne Einheit und Identität der Prinzipien, Traditionen, des Nacheinanders und des Organischen. Die aus der Fusion hervorgegangene Regierung gibt nun sich und ihrer Partei das Epitheton „liberal.“ Mit Recht fragt B., ob eine, und welche von den zwei fusionirten Parteien früher nicht liberal war? Ferner ob Kol. Tisza als Minister liberaler geworden, als er früher in der Rolle eines Parteihauptes es war? Seine große Vorliebe zu dem Municipalsystem habe ihm ja das Brandmal eines „Reactionärs“ eingetragen, und seine Verordnung in Betreff der Vereine und Associationen wurde von der gesammten unabhängigen Presse und öffentlichen Meinung als eine Decadenz, als ein Schritt gegen die Reaction bezeichnet.

„Die politischen Fragen, die an der Tagesordnung stehen, dürfen nicht nach liberalen Theorien, sondern nach Opportunitätsge Gesichtspunkten beurtheilt und gelöst werden. Nicht danach ist zu fragen, was sagt zu dieser oder jener Angelegenheit die Doctrin, sondern darnach, was erfordern die gegebenen Verhältnisse des Landes.“ (Aus dem guten Geiste der ganzen

